



## **Antrag**

der Fraktion der SPD

### **Neustart in der Bildungspolitik – den Rest der Legislatur im Interesse unserer Schülerinnen und Schüler nutzen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, den Wechsel an der Spitze des Bildungsministeriums in der laufenden Legislaturperiode zu nutzen, um die Bildungspolitik in Schleswig-Holstein auf die Lösung der bestehenden und anstehenden Herausforderungen auszurichten. In vielen Bereichen hatte Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren negative Entwicklungen zu verzeichnen, in anderen müssen jetzt Entscheidungen getroffen werden, um Chancen zu nutzen. Es braucht daher schnelle, effektive und flächendeckende Lösungen, denn die anzugehenden Herausforderungen sind immens:

- In Zeiten steigender Schüler\*innenzahlen ist es falsch, an den Lehrkräften zu sparen. Ein bildungspolitisch fatales Signal ist es, wenn Einsparungen besonders da erfolgen, wo bisher ein Einvernehmen über besondere Bedarfe bestand. Beispiele sind die Vergrößerung der DaZ-Klassen und die Streichung von sechs Wochenstunden in der Sekundarstufe I der Gemeinschaftsschulen.
- Die Gymnasien werden ab 2026 wieder einen 13. Jahrgang beschulen. Anders als beispielsweise in Nordrhein-Westfalen werden die Schulträger bei der Vorbereitung der Schulen in Schleswig-Holstein nicht ausreichend unterstützt. Dabei ist der Abi-Schnitt seit 2017 von 2,41 auf 2,47 gesunken, obwohl inzwischen weniger junge Menschen in Schleswig-Holstein ihr Abitur machen (40,2 statt 41,6 Prozent).
- Die Zahl der Lehrkräfte ohne abgeschlossene Ausbildung steigt, inzwischen sind 12 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen gar keine ausgebildeten Lehrkräfte, an den Grundschulen 17,3 Prozent. Das Land ist auf diese Vertretungskräfte angewiesen, geht gleichzeitig aber schlecht mit

ihnen um. Ein paar Jahre dürfen sie unterrichten, dann werden sie durch andere ersetzt – egal, wie sie sich bewährt haben.

- Der Unterrichtsausfall steigt. Der Anteil nicht planmäßig gegebener Stunden lag an den allgemeinbildenden Schulen im vergangenen Schuljahr bei nahezu 12 Prozent. Im Schuljahr 2016/17 waren es 9,5 Prozent - eine Steigerung von 26 Prozent. An den Berufsbildenden Schulen kommen wir von 7,2 Prozent im Schuljahr 2016/17 und sind im letzten Schuljahr bei 13,6 Prozent gewesen. Eine Erhöhung um 88 Prozent!
- Die Zahl der Schulabbrecher ist von 7,5 Prozent auf 11,4 Prozent gestiegen. Nebenbei wurde die Inklusion rückabgewickelt, die Exklusionsquote steigt und den Schulen fehlen die Ressourcen, all' diese Trends aufzuhalten.
- Es gibt mehr Gewaltvorfälle an unseren Schulen. Was es nicht gibt, ist ein landesweiter Schlüssel für Schulpsychologie und Schulsozialarbeit.
- Im Koalitionsvertrag wurde ein Musterraumprogramm für die Schulen angekündigt, der „neue Standards setzen“ sollte, indem „die Schulen von morgen als Lebens- und Arbeitsorte für alle dort Tätigen gedacht werden“, so dass „Aspekte wie ausreichend Platz für individuelles Lernen, innovative Lernkonzepte, Infektionsschutz, Digitalisierung, Pausenmöglichkeiten oder Lärmschutz genauso wie Arbeitsplätze für Lehrkräfte“<sup>1</sup> berücksichtigt werde.
- Ab 2026 gilt das Recht auf Ganztage an unseren Grundschulen. An allen Grundschulen. Gefördert wird aber nur ein Bruchteil. Die Kommunen pochen darauf, dass das Land seine Zusagen einhält und drohen mit dem Gang vor das Landesverfassungsgericht noch vor der Sommerpause.

Martin Habersaat  
und Fraktion

---

<sup>1</sup> Ideen verbinden. Chancen nutzen. Schleswig-Holstein gestalten. Koalitionsvertrag 2022-2027 zwischen der Christlich Demokratischen Union Schleswig-Holstein (CDU) und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein (GRÜNE), S. 26.